



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberalen unterstützen die Landschaftsinitiative als Pfand in der Hand
Für Rückfragen	Beat Flach, Nationalrat, +41 79 402 91 12 Verena Diener, Ständerätin, +41 79 331 08 39 Martin Bäumle, Nationalrat + Parteipräsident, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	6. Juni 2012

Der Nationalrat folgt nach langer Diskussion der ständerätlichen Vorgabe

Der Nationalrat hat heute die Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)» zur Ablehnung empfohlen. Die Grünliberalen haben diese Empfehlung nicht unterstützt und plädierten für eine Annahme der Initiative, solange der Gegenentwurf zur Initiative noch nicht in Kraft ist und die Referendumsfrist nicht abgelaufen ist. Der Gegenentwurf, der vor allem auch dank grünliberalem Engagement im Stände- und Nationalrat zustande gekommen ist, überzeugt dank dem marktwirtschaftlichen und liberalen Element eines verbindlichen Mehr- und Minderwertausgleiches.

Die Landschaftsinitiative will die Zersiedelung stoppen und die Landschaft besser schützen. Zu diesem Zweck fordert sie eine bessere Ausnutzung der bestehenden Bauzonen und ruft den Bund auf, Bestimmungen für eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen zu erlassen. Sie verlangt auch, dass die Gesamtfläche der Bauzonen nach Annahme des neuen Verfassungsartikels während 20 Jahren nicht vergrössert werden darf.

Zwar stimmen die Grünliberalen der Mehrheit des Nationalrats zu: der indirekte Gegenvorschlag mit der Änderung des Raumplanungsgesetzes nimmt das Anliegen der Initiative auf und ist sogar die bessere Lösung, um die Ziele der Initiative zu erreichen. Solange jedoch der indirekte Gegenvorschlag noch nicht angenommen ist und das Referendum droht, stützt die glp die Landschaftsinitiative. Bei allen Nachteilen, die sie birgt, ist sie gegenüber der alten Raumplanungsordnung ein wesentlicher Fortschritt.

Am 11. März 2012 hat das Volk mit der Zustimmung zur Zweitwohnungsinitiative klar zum Ausdruck gebracht, dass es nicht zufrieden ist mit der Art und Weise, wie in der Vergangenheit mit der Landschaft und dem Lebensraum umgegangen worden ist. Die Zersiedelung des Landes schreitet in einer Geschwindigkeit und in einem Ausmass fort, welche dringenden Handlungsbedarf fordern. Die Zersiedelung zeigt sich einerseits in den statistischen Daten, lässt sich jedoch auch Tag für Tag beobachten. „Wer kennt das nicht, das Gefühl das uns beschleicht, wenn wir eine uns bekannte Gegend nach einigen Jahren wieder besuchen und die Wiesen verschwunden und durch eine Tankstelle ersetzt worden sind?“, stellte dazu Nationalrat Beat Flach fest.

Die Kantone waren in den vergangenen Jahren nicht in der Lage, die Verfassungsziele der Raumplanung zu erfüllen. Gesamtschweizerisch sind rund ein Sechstel bis ein Viertel der Bauzonen noch nicht überbaut, wobei die Unterschiede zwischen den Kantonen sehr gross sind; sie reichen von minimal 4 Prozent bis maximal über 40 Prozent. Es ist deshalb notwendig, dass der Bund im Bereich der Raumplanung und des Landschaftsschutzes eine stärkere Rolle übernimmt.

Der Landschaftsschutz und die Eindämmung der Zersiedelung erfordern eine stärkere Verdichtung. Aber Verdichtung bedeutet auch, dass sich wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aktivitäten noch stärker als heute auf die grossen Zentren und Agglomerationen konzentrieren. Es ist deshalb für den Zusammenhalt in unserem Land sehr wichtig, dass die Randregionen, welche zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes nicht abgehängt werden. Dazu dient das neue und verbindliche Instrument der Mehr- und Minderwertausgleiches, welcher nur im Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative enthalten ist.

„Es ist richtig, dass massiv überdimensionierte Bauzonen in den nächsten Jahren reduziert werden“, meint Ständerätin Verena Diener. „Dazu dient das marktwirtschaftliche Instrument des neu verbindlichen Mehr- und Minderwertausgleiches, welches die Grünliberalen im Parlament massgeblich mitgestaltet haben“ ergänzt Martin Bäumle, Parteipräsident.